



Nr. 6

10. Februar 2022

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Tarifverhandlungen

[Sozial- und Erziehungsdienst: „Gemeinsam für ein starkes Ergebnis kämpfen“](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

[Besoldung: Landtag beschließt Corona-Sonderzahlung](#)

Schleswig-Holstein

[„Homeoffice“: Chancen nutzen – Fehlentwicklungen abwenden](#)

Berlin

[Antrittsbesuch bei der Regierenden Bürgermeisterin](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Bundespolizei braucht zehn Hundertschaften mehr](#)

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)

[Corona-Pandemie: Kritik an fehlenden Maßnahmen](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Gespräch mit Staatssekretärin Hölscher: Zoll moderner und effektiver gestalten](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Tarifverhandlungen

### Sozial- und Erziehungsdienst: „Gemeinsam für ein starkes Ergebnis kämpfen“

**Am 25. Februar 2022 starten die Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst. Die Arbeitsbedingungen dort müssen dringend verbessert werden, fordert der dbb.**

Im Fokus steht dabei die finanzielle Aufwertung des Berufsfeldes. Auch, um dem bereits jetzt eklatanten Fachkräftemangel etwas entgegen zu setzen und mehr Menschen für die Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) zu gewinnen. „Wollte man beispielsweise die wissenschaftlich empfohlenen Betreuungsschlüssel im Kita-Bereich bundesweit umsetzen, würden schon heute weit über 100.000 Fachkräfte fehlen – von der schon chronisch unterbesetzten Sozialen Arbeit ganz zu schweigen“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Ulrich Silberbach am 8. Februar 2022.

„Ein weiteres wichtiges Thema ist etwa ‚Zeit‘, und das gleich unter mehreren Gesichtspunkten: So sollen beispielsweise Leitungsfunktionen nicht nur entsprechend bezahlt werden, sondern auch durch die verpflichtende Einführung von Stellvertretungspositionen entlastet werden – die dann natürlich ebenfalls entsprechend der Verantwortung entlohnt werden muss. Aber auch ganz grundsätzlich soll die Arbeit ‚am Menschen‘ qualitativ besser werden, in dem mehr Vorbereitungszeit für Inhalte und auch Organisatorisches eingeplant wird. Denn als Streetworker lässt sich der Papierkram eben schwerlich unterwegs nebenbei erledigen, um nur ein Beispiel zu nennen“, sagte der dbb Chef.

Nicht zuletzt werde es bei den Verhandlungen auch um das Thema „Qualifikation“ gehen. Hier fordert der dbb nicht weniger als einen Rechtsanspruch der Beschäftigten auf regelmäßige Fortbildungen, ganz im Sinne einer

qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung und Sozialen Arbeit. Fort- und Weiterbildungen sollten dann selbstverständlich auch bei der Bezahlung honoriert werden. Mehr Qualität soll auch durch eine bessere Vergütung und größere Zeitkontingente für jene Beschäftigten erreicht werden, die die Praxisanleitung von Nachwuchskräften übernehmen.

Obwohl die Situation in den Kitas und den Einrichtungen der Sozialen Arbeit aufgrund der Corona-Pandemie immer noch angespannt ist, erfahren die Beschäftigten große Unterstützung für ihre berechtigten Forderungen, so Silberbach. Das sehe man etwa im Kita-Bereich: „Eine deutliche Mehrheit der Eltern ist auf unserer Seite. Statt wie früher wütend auf die Erzieherinnen und Erzieher zu sein, stellen die sich mittlerweile mit einem Plakat zusammen mit uns zum Protestieren vor das Rathaus. Das ist wunderbar.“ Durch die Erfahrungen der letzten Monate und die veränderte öffentliche Wahrnehmung ihrer Berufe in den letzten Jahren habe sich auch die Einstellung der Beschäftigten nochmal verändert: „Es gibt ein ganz neues Selbstbewusstsein bei den Kolleginnen und Kollegen und das freut mich sehr! Daher bin ich mir sicher, dass wir auch unter Berücksichtigung der Corona-Regeln den notwendigen Rückenwind erzeugen können. Und den brauchen wir am Verhandlungstisch auch. Ob mit Streiks oder neuen, kreativen Protestformen: Wir werden gemeinsam für ein starkes Ergebnis kämpfen!“

Alle Informationen zu den Tarifverhandlungen gibt es unter [www.dbb.de/sue](http://www.dbb.de/sue).

---

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Thüringen

### **Besoldung: Landtag beschließt Corona-Sonderzahlung**

**Thüringens Landes- und Kommunalbeamte erhalten eine einmalige, steuerfreie Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro. Damit wird die in den Verhandlungen im letzten November vereinbarte Regelung für die Tarifbeschäftigten auch auf die Besoldung übertragen.**

Das entsprechende Gesetz beschloss der Thüringer Landtag am 4. Februar 2022 mit den Stimmen von Linken, SPD, Grünen, CDU und AfD. Die FDP enthielt sich.

Die Zahlung sollen die Beamtinnen und Beamten voraussichtlich mit ihren Bezügen für April 2022 (damit Ende März) steuerfrei bekommen. Anwärter erhalten danach einmalig 650 Euro steuerfrei. Der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der Länder sieht für die Tarifbeschäftigten neben der Corona-Sonderzahlung auch 2,8 Prozent mehr Gehalt ab Dezember 2022 vor. Die Übertragung dieser Regelung auf die Beamtinnen und Beamten steht noch aus.

Der tbb hatte in seiner Stellungnahme gegenüber dem Thüringer Landtag kritisiert, dass mit

diesem Gesetz nicht alle Auszubildenden die Sonderzahlung von 650 Euro erhalten. Auszubildende in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, wie einige Referendare, sind von den Sonderzahlungen weiterhin ausgenommen.

Ebenfalls ausgeschlossen sind laut tbb zudem „alle Kolleginnen und Kollegen, die vor dem Stichtag 29. November 2021 bereits in den Ruhestand gegangen sind. Sie erhalten keinerlei Ausgleich für ihren Einsatz in der Pandemie. Genauso wenig wie die Pensionäre in Thüringen generell. Trotz steigender Inflation erhält diese Gruppe 14 Monate lang keinen Ausgleich, während die Renten zum 1. Juli 2022 um 5,6 Prozent steigen.“ Dies hat der tbb ebenfalls scharf kritisiert, fand aber kein Gehör bei den Fraktionen.

Schleswig-Holstein

### **„Homeoffice“: Chancen nutzen – Fehlentwicklungen abwenden**

**Die Pandemie hat zu einem deutlichen Schub bei der technischen Ausstattung sowie der Nutzung von „Homeoffice“-Regelungen im öffentlichen Dienst geführt – gleichzeitig sind allerdings auch etliche Probleme sichtbar geworden. „Deshalb muss konsequent an der Weiterentwicklung bestehender Vereinbarungen, rechtlicher Grundlagen und der praktischen Umsetzung gearbeitet werden“, fordert Kai Tellkamp, Vorsitzender des dbb schleswig-holstein.**

Der dbb Landesbund habe eine Arbeitsgruppe gebildet, um genau diese Prozesse im Sinne der Beschäftigten voranzutreiben. „Es ist aus unserer Sicht unstrittig, dass das Angebot von ‚Homeoffice‘ einen wichtigen Beitrag leisten kann bei der Vereinbarung von Familie und Beruf und bei der Attraktivitätssteigerung der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Doch damit ist es nicht getan: Zuhause arbeiten und gleichzeitig Kinder betreuen funktioniert ebenso wenig wie die Personalgewinnung allein mit dem Argument der flexiblen Arbeit unter Beibehaltung zu hoher Arbeitszeiten und Arbeitsbelastungen“, so Tellkamp am 3. Februar 2022.

Den Beschäftigten müssten die Berücksichtigung ihrer individuellen Vorstellungen ermöglicht und mehrere Formen der flexiblen Arbeit

angeboten werden: Arbeit in den Dienststellen, „Homeoffice“ und Coworking-Modelle. „Dabei ist davor zu warnen, voreilig Einsparungen durch ‚Homeoffice‘ einzukalkulieren, indem von einem geringeren Flächenbedarf ausgegangen wird. Denn es besteht ein erheblicher Investitionsrückstand in den meisten Dienststellen. Ein attraktives Arbeitsumfeld trägt maßgeblich dazu bei, dass sich die Beschäftigten wohl fühlen und gute Arbeit leisten. Schließlich müssen wir auch an die vielen Kolleginnen und Kollegen denken, die nicht im Homeoffice arbeiten können oder wollen. Eine Spaltung der Belegschaft darf nicht provoziert werden“, erklärte der dbb Landesvorsitzende.

Man haben diverse ergänzende Vorschläge entwickelt, die man bisher gegenüber der Politik und in Erörterungen beziehungsweise Verhandlungen mit der Staatskanzlei vertreten habe. Tellkamp: „Dazu gehört neben vielen an-

deren eine dauerhafte und sachgerechte steuerliche Regelung. Unsere auch im Rahmen einer Landtagsanhörung eingebrachte Position wird sich nach Lage der Dinge in einer bundesgesetzlichen Initiative widerspiegeln.“

Berlin

## **Antrittsbesuch bei der Regierenden Bürgermeisterin**

**Am 9. Februar 2022 waren Spitzenvertreterinnen und -vertreter des dbb Landesbundes um den Vorsitzenden Frank Becker zum Antrittsbesuch bei der neuen Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey.**

Themen waren unter anderem die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die Aus- und Fortbildung, die Besoldung der Beamtinnen und Beamten sowie der Erhalt der „Hauptstadtzulage“. Die Zulage ist politisch umstritten, weil sie die Mitgliedschaft Berlins in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) akut gefährdet.

„Für den dbb Berlin ist es wichtig, sich bereits frühzeitig für den Erhalt dieser Hauptstadtzulage bei der Tarifgemeinschaft deutscher Länder einzusetzen. Dabei ist aus unserer Sicht der Verbleib beziehungsweise die vollständige Rückkehr in die Tarifgemeinschaft zu gewährleisten.“, sagte dbb Landeschef Frank Becker.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

## **Bundespolizei braucht zehn Hundertschaften mehr**

**Die DPoIG hat angesichts der dramatisch hohen Einsatzbelastung der Bundespolizei mehr Personal gefordert.**

„Die Regierungen in Bund und Ländern irren sich gewaltig, wenn sie glauben, dass sich die Lage bald entspannen könnte. Das Demonstrationsgeschehen in Deutschland wird uns lange begleiten und an Gewaltbereitschaft und Teilnehmerzahl zunehmen, daran können auch ein paar Lockerungen der Corona-Maßnahmen nichts ändern. Die Radikalisierung und Staatsverachtung, die unsere Einsatzkräfte jeden Tag wahrnehmen, sind gewaltig“, sagte der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 7. Februar 2022.

Sein Stellvertreter und Chef der DPoIG-Bundespolizeigewerkschaft Heiko Tegatz erklärte: „Die Themen werden andere, die Demos bleiben. Wer heute gegen die Corona-Politik auf die Straße geht, wird morgen das Klima, die Strom- oder Mietpreise, die Energiepreise oder die Zuwanderung auf die Transparente schreiben. Viele Menschen spüren Existenzangst und einen großen Vertrauensverlust.“

Die Bundespolizei unterstützt die Bundesländer schon jetzt regelmäßig mit Hundertschaften ihrer Bereitschaftspolizei, denn bereits heute könnten einige Länder ihre Einsätze nicht mehr aus eigener Kraft stemmen. Tegatz: „Wir brauchen zehn Hundertschaften mehr, um auch unsere anderen Aufgaben zu erledigen, die bleiben ja nicht liegen. Grenzsicherung, bahnpolizeiliche Aufgaben, Luftsicherung und ein Aufwuchs im Auslandsengagement bleiben kernpolizeiliche Aufgaben, die nicht weiter leiden dürfen.“

Die geplanten etwa 6.500 Einsatzkräfte der Bundesbereitschaftspolizei würden, dank der Einstellungs- und Ausbildungsinitiative der Bundespolizei, gegen Ende des Jahres 2022 nach Abschluss ihrer Ausbildung zur Verfügung stehen. „Aber bereits jetzt zeichnet sich ab, dass diese Anzahl an Einsatzkräften bei weitem nicht ausreicht, um neben den eigenen Kernaufgaben auch noch die Länder zu unterstützen“, mahnt Tegatz. Deshalb müsse sich die hohe Einstellungszahl auch in der Zukunft verstetigen.

---

## Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) **Corona-Pandemie: Kritik an fehlenden Maßnahmen**

**Angesichts der steigenden Zahl der Corona-Infektionen hat der BvLB umfassende Schutzmaßnahmen für den Schulbetrieb gefordert.**

„Die Inzidenzzahlen von teils über 6.000 bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden billigend in Kauf genommen, die Durchseuchung gesellschaftlich hingenommen – ohne allerdings mögliche Long-Covid-Folgen mitzudenken“, sagt Joachim Maiß, Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB). Wenn wie zuletzt Wissenschaftler wie der Virologe Christian Drosten eindeutige Befunde vorlegen würden, dass Übertragungen im Moment aus dem Schulbetrieb gespeist werden, „wäre die Politik gut beraten, endlich auf die Wissenschaft zu hören und flächendeckend Hochleistungsluftfilter in jeden Klassenraum und nicht nur in die Ministerialbüros zu stellen“, so Maiß. Gleichsam müssten die Schulleiterinnen und Schulleiter der beruflichen Schulen die Entscheidungshoheit haben, um flexibel auf das lokale Infektionsgeschehen schnell mit Distanzunterricht reagieren zu können.

Maiß: „Auch, wenn die vierte Welle noch längst nicht den Scheitelpunkt erreicht hat, wird die lähmende Bürokratie in den nächsten Wochen keine Veränderung in den beruflichen Schulen herbeiführen. Entscheidender ist deshalb jetzt, auf den kommenden Herbst zu schauen und die Schulen im dritten Pandemiejahr endlich zu wappnen, um nicht von der fünften oder sechsten Welle überrollt zu werden.“ Angesichts der Tatsache, dass es keine tragfähigen Erkenntnisse gebe, welche Folgen durch Long-Covid bei Jugendlichen erwachsen, „ist es verantwortungslos, Corona einfach so weiter in den beruflichen Schulen grassieren zu lassen. Es kommt immer häufiger zu Impfdurchbrüchen, so dass selbst Geboosterte positiv getestet werden, infektiös sind und das Virus weitertragen. Die weitere Augen-zu-und-durch-Taktik ist angesichts täglich neuer Inzidenzrekorde kein gangbarer Weg mehr für die Berufsbildner. Wir brauchen einen Plan B, der es uns ermöglicht, den kommenden Virus-Mutanten als Schule zu trotzen.“

## Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

### **Gespräch mit Staatssekretärin Hölscher: Zoll moderner und effektiver gestalten**

**Bei einem ersten Treffen mit der neuen Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen Luise Hölscher hat der Stellvertretende Bundesvorsitzende des BDZ, Thomas Liebel, für die Interessen der Beschäftigten geworben.**

Staatssekretärin Hölscher und Thomas Liebel, der Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Bundesfinanzministerium ist, stimmen überein, den Zoll unter Ausschöpfung der Chancen und Möglichkeiten des digitalen Wandels noch moderner und effektiver zu gestalten. Dabei gelte es, alle Beschäftigten mitzunehmen.

Hölscher kündigte an, durch entsprechende Dienststellenbesuche die Kolleginnen und Kollegen kennenlernen und sich ein Bild von den Herausforderungen vor Ort machen zu wollen, sobald die Corona-Pandemie dies zulasse. „Ich habe Respekt vor der Aufgabe und großes Interesse an dem vielschichtigen Aufgabenspektrum unserer Zöllnerinnen und Zöllner“, betonte die Staatssekretärin.

---

## ***Namen und Nachrichten***

In der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die Sicherheitskräfte an Flughäfen haben die Arbeitgeber am 8. Februar 2022 ihr Angebot aus der ersten Verhandlungsrunde minimal nachgebessert – allerdings nur um je 8 Cent pro Erhöhungsschritt. Zusätzlich sollen jetzt auch die Einstiegs- und Probezeitentgelte erhöht werden. Ein Schritt in die richtige Richtung – aber ein zu kleiner Schritt: Die **dbb** Verhandlungskommission hat das neue Angebot diskutiert und als nicht ausreichend abgelehnt. Volker Geyer, dbb Verhandlungsführer, forderte die Arbeitgeber auf, das neue Angebot erneut nachzubessern: „Viele Punkte, die in unserer Forderung enthalten sind, hat die Arbeitgeberseite noch nicht ausreichend berücksichtigt. Die Problematik der unterschiedlichen Bezahlung in den verschiedenen Bundesländern und der teilweise deutlich abgesenkten Einstiegsentgelte wird durch dieses Angebot nicht gelöst. Die Unterschiede sind schlicht ungerecht und müssen beseitigt werden. Außerdem sind auch die verbesserten Erhöhungsschritte nicht ausreichend, gerade bei der angebotenen langen Laufzeit. Hier müssen die Arbeitgeber nachlegen!“ Die Tarifverhandlungen gehen am 1. und 2. März 2022 weiter.

Der Vorsitzende des **dbb brandenburg** Ralf Roggenbuck hat gemeinsam mit der Brandenburgischen Bildungsministerin Britta Ernst die Lehrkräfte und das pädagogische Personal

des Landes dazu aufgerufen, sich gegen Corona impfen zu lassen. „Durchschnittlich 90 Prozent des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft ist vollständig geimpft - die Unterschiede in den Schulamtsbereichen variieren zwischen 86 bis 92 Prozent. Damit machen Sie deutlich, dass Sie sich Ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den Schülerinnen und Schülern und auch gegenüber Ihren Kolleginnen und Kollegen bewusst sind. Viele von Ihnen sind den Empfehlungen von Wissenschaft und Politik gefolgt. Sie haben sich impfen lassen und dafür danken wir Ihnen! Dennoch stellen die aktuellen Entwicklungen eine Herausforderung für den Schulbereich dar. Die Erst-, Zweit- und Booster-Impfungen, auch der Genesenen, sind daher weiterhin enorm wichtig. Alle zugelassenen Impfstoffe bieten einen substantiellen Schutz vor COVID-19. Und sollte trotz Impfung eine Erkrankung eintreten, ist das Risiko schwer zu erkranken deutlich geringer. Darüber hinaus schützt die COVID-19-Impfung nicht nur. Sie reduziert auch das Risiko, dass die geimpfte Person andere Personen ansteckt. Dies ist gerade im Schulbereich von wesentlicher Bedeutung. Wenn Sie bislang noch keine (Booster-)Impfung erhalten haben oder Ihr Genesenenstatus abgelaufen ist, bitten wir Sie, die nächsten Tage für eine COVID-19-Impfung zu nutzen“, heißt es in einem gemeinsamen Schreiben vom 9. Februar 2022.

### **Termine:**

25. Februar 2022, Potsdam

**Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 1. Runde**  
Mehr Informationen unter [www.dbb.de/sue](http://www.dbb.de/sue)

21./22. März 2022, Potsdam

**Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 2. Runde**  
Mehr Informationen unter [www.dbb.de/sue](http://www.dbb.de/sue)

6./7. Mai 2022, Berlin

**Bundesjugendtag 2022 der dbb jugend (Bund)**  
Mehr Informationen unter <https://www.dbb-jugend.de/events/bundesjugendtag.html>

16./17. Mai 2022, Potsdam

**Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 3. Runde**  
Mehr Informationen unter [www.dbb.de/sue](http://www.dbb.de/sue)

---